Warum die Euro-Kritik der AfD keine Kritik der Mitte ist

Description

von Simon T. Franzmann, Heinrich-Heine UniversitÃ¤t DÃ¼sseldorf

Simon Franzmann vergleicht die Euro-Kritik der Alternative fÃ¼r Deutschland (AfD) mit der akademischen Euro-Kritik innerhalb der Ã?konomie und Politikwissenschaft. Dabei wird deutlich, dass die Euro-Kritik der AfD nicht die Breite der wissenschaftlichen Debatte widerspiegelt, weil sie sich fÃ¼r ausschlieÃ?lich nationalstaatliche und explizit staatsferne LÃ¶sungen der Finanz- und Wirtschaftspolitik einsetzt. Gepaart mit ihren gesellschaftspolitisch konservativen Positionen muss sie als Partei rechts der Mitte angesehen werden.

Noch nie war eine Partei so kurz nach ihrer GrÃ¼ndung so stark bei einer Bundestagswahl wie die Alternative fÃ¼r Deutschland 2013. Im Wahlprogramm wie auf ihrer Homepage nennt die AfD die europÃ¤ische Schulden- und WÃ¤hrungskrise als Anlass fÃ¼r ihre ParteigrÃ¼ndung. Im vergangenen Bundestagswahlkampf wurde die AfD entsprechend vorwiegend als Euro-kritische Partei wahrgenommen. Ihr Wahlkampf war auch auf dieses Thema zugeschnitten. Parteisprecher und Parteiinitiator Bernd Lucke konnte hier seine AutoritÃ¤t als Ã?konomieprofessor Ã¶ffentlichkeitswirksam einbringen. Die WÃ¤hler der AfD kamen bei der Bundestagswahl aus allen Lagern, so dass die AfD sich selbst jenseits der hergebrachten politischen Lager verortete, ungeachtet ihrer zumeist konservativen Haltung in gesellschaftspolitischen Fragen. Doch wie breit ist die wissenschaftliche Fundierung der Euro-Kritik der AfD? Ist die AfD eine Partei, die die Euro-Skepsis der bÃ¼rgerlichen Mitte zum Ausdruck bringt? Das wohl eher nicht. Eine genauere Analyse offenbart, dass die Euro-Kritik der AfD sich lediglich auf einen bestimmten Ausschnitt der Euro-Kritik fokussiert. InitialzÃ¼ndung zur GrÃ¼ndung des Plenums der Ã?konomen und spÃ¤ter fÃ¼r die AfD bot die Ausgestaltung des EuropÃ¤ischen StabilitÃ¤tsmechanismus (ESM). Das Plenum der Ã?konomen kritisierte, dass der ESM die MÃ¶glichkeit einer Staatsinsolvenz praktisch ausschlieÃ?e. Die Folge seien falsche Anreize: Da keine Staatsinsolvenz drohe, haben die hochverschuldeten Staaten keinen Anreiz, ihre WettbewerbsfÃ¤higkeit wieder herzustellen. Ferner fehlten der EU wirksame SanktionsmÃ¶glichkeiten, wenn ein Staat keine wirksame Konsolidierungspolitik betreibe. Die AfD nimmt diese Kritik des Plenums der Ã?konomen

auf und weist als Ausweg eine AuflÃ¶sung des aktuellen Eurogebietes und eine RÃ¼ckkehr zum Integrationsstand der RÃ¶mischen VertrÃ¤ge von 1957 auf. Die AfD kritisiert ferner die mangelnde demokratische Legitimation der europÃ¤ischen Ebene und beklagt des Weiteren eine mangelnde Transparenz der parlamentarischen Entscheidungsprozesse, die zur Einsetzung des ESM fÃ¼hrten. Die AfD spricht sich nicht grundsÃ¤tzlich gegen die EuropÃ¤ische Integration aus; sie favorisiert aber eindeutig nationalstaatliche LÃ¶sungen und lehnt im weitesten Sinne die Maastrichter VertrÃ¤ge ab. Letzteres ist insofern Ã¼berraschend, weil es suggeriert, dass der GrÃ¼ndungsanlass der AfD deutlich *vor* Beschluss des ESM liegen mÃ¼sste, nÃ¤mlich zu Beginn der 1990er Jahre bei Abschluss der Maastrichter VertrÃ¤ge. Dagegen mag man zu Recht einwenden, dass erst die europÃ¤ische Wirtschafts- und Finanzkrise eine kritische Ã?ffentlichkeit hat entstehen lassen, die eine entsprechende ParteigrÃ¼ndung als erfolgreich erschienen lieÃ?. Allerdings fÃ¤llt auf, dass die Protagonisten der AfD die seit den 1990er Jahren existierenden kritischen Debatten innerhalb des akademischen Betriebes zum europÃ¤ischen Integrationsprozess in ihrer Breite nicht widerspiegeln. Innerhalb der deutschen Politikwissenschaft zum Beispiel sind sicherlich die Bedenken des ehemaligen Direktors des KÃ¶lner Max-Plack-Institutes fÃ¼r Gesellschaftsforschung (MPIfG), Fritz Scharpf, an erster Stelle zu nennen. Scharpf hat frÃ¼h die Fokussierung auf die so genannte â??negative Integrationâ?? kritisiert. Negative Integration meint hier, dass die Verwirklichung des Binnenmarktes lediglich zum Abbau von vermeintlichen Handelshemmnissen gefÃ¼hrt habe, ohne eine entsprechende sozialpolitische, â??positiveâ?? Integration begleitend voranzutreiben. Sein Co-Direktor Wolfgang Streeck sieht im EuropÃ¤ischen Binnenmarkt die Verwirklichung einer Neo-Hayekianischen Vision, die nun mit der Finanzkrise an ihre Grenzen gekommen sei. SÃ¤mtliche Interventionen der EURO-Staaten dienten nur der Anpassung nationaler Politiken an die neo-liberale AusteritÃ¤tspolitik. Diese Kritik des Binnenmarktes und der AusteritÃ¤tspolitik finden sich bei der AfD ausdrÃ¼cklich *nicht*. WÃ¤hrend die beiden MPI-Direktoren die Erzwingung der AusteritÃ¤tspolitik ohne nationalstaatliche demokratische Legitimation als problematisch empfinden, treibt die AfD die umgekehrte Sorge um: Dass die EU eben nicht in der Lage sei, eine solche Politik zu erzwingen, und dass die mangelnde BerÃ¼cksichtigung der nationalstaatlichen Ebene bei den Entscheidungsprozessen dieses Problem erst erzeuge. In einem GroÃ?teil der polit-Ã¶konomischen Kritik treffen sich aber Ã?konomen und Sozialwissenschaftler. Martin HÃ¶pner, ebenfalls vom MPIfG, hat sie pointiert zusammengefasst: â??Wer die politische Ã?konomie des Euro verstehen will, der muss, so meine ich, drei Effekte unterscheiden und verstehen: einen Effekt der

gestÃ¶rten Kommunikation zwischen Lohn- und Geldpolitik, einen verstÃ¤rkenden Effekt auf die Divergenz europÃ¤ischer KonjunkturverlÃ¤ufe und einen Effekt der langfristigen Verschiebung von Wettbewerbskraft zwischen den Euro-LÃ¤ndern. Alle drei Effekte wurzeln im selben Grundproblem: Eine fÃ¼r alle Teilnehmerstaaten einheitliche Geldpolitik trifft auf heterogene nationale KonjunkturverlÃ¤ufe, Haushaltspolitiken und Institutionen der Lohnaushandlung.â??

HÃ¶pner kann sich hierbei auf Studien von Henrik Enderlein berufen, der frÃ¼h nationalstaatliche MaÃ?nahmen zum Ausgleich der jeweils entweder zu restriktiven oder zu laxen Geldpolitik der EZB fÃ¼r die jeweiligen Staaten anmahnte. Ohne solche Ausgleichsmechanismen seien Teile der EURO-Zone in einem wechselnden Boom-Rezessionsszenario gefangen. Eine solche LÃ¶sung, z.B. wÃ¤hrend der aktuellen ProsperitÃ¤t der deutschen Wirtschaft die Steuern zu erhÃ¶hen, findet sich bei der AfD ausdrÃ¼cklich *nicht*. Die AfD ist insofern programmatisch konsequent, als dass sie sowohl auf europÃ¤ischer wie auch auf nationalstaatlicher Ebene stabilitÃ¤tspolitische Eingriffe in die Wirtschaft ablehnt. Das ist fÃ¼r eine politische Partei vollkommen legitim. Nur wird somit offenbar, dass die AfD keine Partei der Mitte, sondern eine Partei rechts der Mitte ist. Ihr GrÃ¼ndungs*anlass* mag die europÃ¤ische Wirtschafts- und Finanzkrise gewesen sein. Ihre GrÃ¼ndungs*ursache* liegt aber eindeutig in einer Unzufriedenheit mit den etablierten bÃ¼rgerlichen Parteien, die der AfD in der Eurokrise sich zu wenig an orthodoxen Ã¶konomischen Politikkonzepten orientieren. Jenseits der Eurokritik fÃ¤llt bei gesellschaftspolitischen Themen ferner eine starke Verwurzelung in traditionellen Familienwerten auf. Auch in diesem Themenfeld bewegt sich die AfD eindeutig rechts der Mitte. So begrÃ¼Ã?enswert es ist, dass durch die AfD eine kritische Debatte der europÃ¤ischen WÃ¤hrungs- und Finanzpolitik auf die Agenda gesetzt wird, so wenig zielt diese Debatte auf die Mitte der deutschen Gesellschaft. Die AfD orientiert sich sehr einseitig an aus der Volkswirtschaftslehre inspirierten spezifischen Aspekt der EURO-Kritik und favorisiert einseitig nationalstaatliche und dort wiederum staatsferne LÃ¶sungen â?? obwohl unterschiedliche KritikstrÃ¤nge sowie unterschiedliche LÃ¶sungsvorstellungen existieren. Sie bildet somit eindeutig nicht die Breite der wissenschaftlichen Kritik an der europÃ¤ischen WÃ¤hrungs- und Finanzpolitik ab. Es finden sich (bislang) in ihrer Programmatik keine AnsÃ¤tze, die stÃ¤rker keynesianisch inspirierte Kritik an der EURO-Zone, die fÃ¼r sich isoliert betrachtet ebenfalls als einseitig kritisiert werden kÃ¶nnte, mit der staatskritischen Sichtweise zu verbinden. Dies ist das gute Recht einer politischen Partei. Die AfD kann somit aber nicht beanspruchen, eine Partei aus und fÃ¼r die Mitte

der Gesellschaft zu sein.

Verwendete Quellen:

Franzmann, Simon T. (2014): Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive, Mitteilungen des Institutes fÃ¼r Internationales Parteienrecht und Parteienforschung an der Heinrich-Heine-UniversitÃ¤t DÃ¼sseldorf, 20. Jahrgang, S. 114-124.

HÃ¶pner, Martin (2010): Etwas lÃ¤uft grundsÃ¤tzlich schief in Europa. Eine einheitliche Geldpolitik â?? der Euro â?? behandelt einen Wirtschaftsraum mit groÃ?en Unterschieden wie ein homogenes Gebilde. Magazin Mitbestimmung 07+08/2010, SPEZIAL EUROKRISE: Warum der Euro nicht funktioniert.

Merz, Monika und Bernd Lucke (2011): Ohne Insolvenzregeln fÃ¼r Europa geht es nicht. http://www.experimentalforschung.vwl.uni-muenchen.de/studium/veranstaltungsarchiv/sq2/ftd_insolvenzregeln.pdf

Scharpf, Fritz W. (1999): Governing in Europe: Effective and Democratic? Oxford: Oxford University Press.

Scharpf, Fritz W. (2013): Legitimacy Intermediation in the Multilevel European Polity and Ist collaps in the Euro Crisis, in: Klaus Armingeon (Hrsg.): StaatstÃ¤tigkeiten, Parteien und Demokratie. Festschrift fÃ¼r Manfred G. Schmidt, Wiesbaden: Springer VS, 567-595.

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin: Suhrkamp.

Date Created
Februar 18, 2014
Author
politikwissenschaft_h1c5yk